

Pakistan nach dem Militärputsch: Droht dem Land die Diktatur?

von Jorge Scholz

Die internationalen Reaktionen auf den Staatsstreich der Armee vom 12. Oktober gegen die seit zweieinhalb Jahren amtierende Regierung von Premierminister Nawaz Sharif kamen prompt. Von Clinton bis Blair, von Prodi bis Fischer, vom Internationalen Währungsfond bis zu Amnesty International waren sich alle in ihrer Entrüstung einig: Der Putsch der Militärs gegen eine demokratisch gewählte Regierung ist zu verurteilen und die verfassungsmäßige Ordnung im Land samt Demokratie muß schnellstmöglich wiederhergestellt werden. Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, stoppte der IWF postwendend die anstehende Auszahlung eines dringend benötigten Dollarkredits in dreistelliger Millionenhöhe und die Europäische Union sagte die geplante Unterzeichnung von Handelsverträgen ab.

Doch in Pakistan selbst hielt sich im auffälligen Kontrast zu den internationalen Reaktionen das Entscheiden über das Eingreifen der Armee in engen Grenzen, nachdem sich die erste Ungewißheit über den Ausgang des Putsches und die aktuellen politischen Kräfteverhältnisse im Land gelegt hatten. Aus verschiedenen Städten wurde sogar gemeldet, daß begeisterte Menschenmengen die Nachricht vom Sturz Sharifs auf den Straßen mit Freudentänzen feierten. Oppositionspolitiker jeglicher Couleur quittierten die Aktion der neuen Machthaber mit Lob und Erleichterung, erste Dissidenten aus der bisherigen Regierungspartei 'Pakistan Muslim League' (PML) meldeten sich in der Hoffnung auf einen Posten in einer Übergangsregierung mit anbietenden Phrasen zu Wort und selbst die sonst sehr kritische englischsprachige Presse kommentierte die Ereignisse mit Gelassenheit und einem gewissen Wohlwollen gegenüber den Akteuren in Uniform. Von Warnungen vor dem möglicherweise drohenden Ende der Demokratie oder gar Ängsten vor den

Konsequenzen einer neuen Diktatur war jedenfalls keine Rede.

Gegensätzlicher könnte die Beurteilung der Vorgänge in Pakistan kaum ausfallen. Sucht man nach den Gründen hierfür, so stößt man schnell auf die vernichtende Bilanz der Sharif-Regierung, deren Versagen auf praktisch allen relevanten Politikfeldern naturgemäß in erster Linie die pakistanische Öffentlichkeit zu spüren bekam. Als Indiz für die Ausmaße der Misere mag der Hinweis dienen, daß kaum ein pakistanischer Leitartikler von Rang in den ersten Presseanalysen versäumte, Nawaz Sharif als den eigentlich Verantwortlichen für den Militärputsch und dessen noch nicht absehbare Folgen für das politische System des Landes an den Pranger zu stellen. Die Liste seiner vermeintlichen oder auch tatsächlichen Verfehlungen und Versäumnisse ist schier endlos; eine lückenlose Aufzählung würde jeden Rahmen sprengen. Doch in einem Punkt sind sich sämtliche Kommentatoren einig: Der Politiker Nawaz Sharif scheiterte vor allem an seinem zügellosen Machthunger, der ihn zuletzt völlig taub für Kritik und unfähig zu Kurskorrekturen machte.

Und tatsächlich nutzte Sharif seit seinem Amtsantritt im Februar die komfortable Zweidrittelmehrheit seiner Partei im Parlament konsequent, um seine persönliche Machtposition Zug um Zug auszubauen. Sämtliche demokratischen Institutionen gerieten auf einem in der pakistanischen Geschichte beispiellosen Kreuzzug nacheinander ins Visier des Premiers und verloren dabei wichtige Kompetenzen. Stieß das Zurechtstutzen des früher nahezu allmächtigen Präsidentenamtes auf bloße Repräsentationsfunktionen und die entsprechende Aufwertung der Machtfülle des Regierungschefs noch auf viel Applaus, so sorgten schon die sich gleich anschließenden Attacken gegen die Unabhängigkeit der Obersten Gerichtsbarkeit für erste negative

Schlagzeilen. Eingriffe in die Autonomie der Provinzen, Manipulationen verbriefter Rechte von Parlament und Senat, massive Verletzungen der Pressefreiheit und die versuchte Knebelung von Menschenrechtsgruppen und Nichtregierungsorganisationen durch Trockenlegung ihrer ausländischen Finanzquellen waren weitere Stationen auf diesem Weg. So ganz nebenbei gelang es Sharif außerdem, nacheinander die parlamentarische Opposition, dann frühere Koalitionspartner und schließlich seine eigene Partei in die politische Bedeutungslosigkeit zu drängen.

Kein Wunder also, daß sich in den letzten Monaten massiver außerparlamentarischer Widerstand gegen die Sharif-Administration in Form einer beinahe 30 Parteien umfassenden Protestallianz formierte. Die Ein-Punkt-Agenda des Bündnisses: Sturz der Sharif-Regierung mit anschließenden Neuwahlen. Wiederholt kam es in den letzten Wochen vor dem Umsturz in mehreren Städten zu Streiks und Massenkundgebungen, die teilweise mit Polizeigewalt niedergeknüppelt wurden. Als dann in dieser Situation auch noch zu allem Überfluß die blutige Vendetta vergangener Jahre zwischen verfeindeten sunnitischen und schiitischen Terrorgruppen wieder aufflammte und bei Anschlägen auf Moscheen und religiöse Führer mehrere Dutzend Menschen starben, wurde auch unter ausgewiesenen Demokraten der Ruf nach einer Intervention der Militärs immer lauter.

Im Lichte dieser Ereignisse ist es wenig verwunderlich, daß die Kritik des westlichen Auslands am Vorgehen der Armee in der pakistanischen Öffentlichkeit auf wenig Verständnis stößt. Denn die Demokratie war unter dem Regiment der Sharif-Administration längst zu einem Regime mutiert, das in der Praxis von einer Diktatur kaum noch zu unterscheiden war. Vor diesem Hintergrund erscheint es



Pakistan blickt zurück auf eine Abfolge ziviler und vom Militär gestellter Regierungen

durchaus nachvollziehbar, daß weite Teile der pakistanischen Bevölkerung den Putsch der Armee eher als gute Tat und Akt der Befreiung von einer drückenden Last interpretierten, der sogar mit Blick auf die weiteren Zukunftsperspektiven vorsichtigen Optimismus erlaubt. Denn nicht wenige erhoffen sich nun von der Armeeführung, daß sie jetzt die Ende 1996 nach dem Sturz Benazir Bhuttos verpaßte Chance nachholt, mit dem Augiasstall der pakistanischen Innenpolitik gründlich aufzuräumen. Zu diesem Zweck war schon damals die Installation eines mit weitreichenden Vollmachten ausgestatteten Expertenkabinetts im Gespräch, das mit der Autorität der Armee im Rücken innerhalb eines Zeitraums von etwa einem halben bis zu maximal zwei Jahren alle dringend erforderlichen Reformen in die Tat umsetzen könnte. In dieses Bild paßt, daß sich kurz nach dem Putsch Moeen Qureshi, der 1992 schon einmal nach einem von der Armee erzwungenen Regierungswechsel als Übergangspräsident auf Zeit mit großem Erfolg ein ähnliches Reformregime der Fachleute geleitet

hatte, mit einem entsprechenden Vorschlag an die Adresse der Militärführung zu Wort meldete.

Gestützt wird dieser Optimismus durch den Umstand, daß sich die Armeeführung in ihrem Vorgehen in den ersten beiden Tagen nach dem Staatsstreich in auffälliger Weise um Schadensbegrenzung bemühte. Zwar wurden etliche Repräsentanten der alten Regierung - darunter der Premierminister, Kabinettsmitglieder, Ministerpräsidenten, Provinzgouverneure und mehrere hochrangige Offiziere - verhaftet oder unter Hausarrest gestellt. Doch die neuen Machthaber verzichteten zunächst darauf, das Kriegsrecht zu verhängen - ein Novum in der an Militärinterventionen und gewaltsamen Machtwechseln reichen Geschichte Pakistans. Auch die Verfassung blieb bis zum Redaktionsschluß ebenso wie sämtliche gewählten Parlamente auf Bundes- und Provinzebene unangetastet. Ganz offensichtlich ist den Putschisten daran gelegen, bei aller gebotenen Eile eine Übergangsregelung zu entwerfen, die politisch und legal tragbar ist. Dabei dürfte es den Generälen bei dieser Taktik nicht nur

darum gehen, im Inland die eventuell vorhandenen Sorgen und Ängste vor einer drohenden Militärherrschaft zu beschwichtigen. Auch die einflußreichen Geberländer im Westen, von deren Finanzhilfen das am Rande des Staatsbankrotts lavierende Pakistan abhängig ist, will man auf diese Weise zufrieden stellen.

Fazit: Noch ist es zwar für eine zuverlässige Bewertung der möglichen Folgen des jüngsten Militärputsches für das weitere Schicksal der jungen pakistanischen Demokratie zu früh. Ob sie die aktuelle Krise überlebt, bleibt abzuwarten. Viel wird davon abhängen, ob es der Generalität gelingt, ihre sich andeutenden Bemühungen um die Etablierung einer halbwegs im Einklang mit der Verfassung stehenden politischen Übergangsordnung mit Erfolg zu krönen. Dann könnte durchaus der Weg frei werden für längst überfällige Reformen, die notwendige Voraussetzungen für das Funktionieren einer vitalen Demokratie sind. Vor allem die marode Wirtschaft bedarf dringend belebender Impulse. Andernfalls droht das Abdriften immer weiterer Bevölkerungsschichten in die Armut. Schon heute stellt die verzweifelte materielle Lage vieler Menschen einen stetig wachsenden Nährboden für politische Unruhen dar, wie das sich regen Zulaufs erfreuende Spektrum der diversen militant-islamistischen Gruppierungen beweist.

Vor diesem Hintergrund liegt es auf der Hand, daß vorschnelle Verurteilungen des Auslands oder gar die Verhängung von Sanktionen nicht nur ungerecht und teilweise deplaziert sind, sondern unter Umständen auch kontraproduktiv. Denn wenn die der jetzigen Situation innewohnende Chance verpaßt wird, droht unausweichlich eine weitere Destabilisierung der politischen Verhältnisse in Pakistan, die leicht zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen eskalieren könnte. Dann aber wird der Armee in der Tat keine andere Wahl bleiben, als direkt und auf Dauer die Macht zu übernehmen. Will man also der Demokratie in Pakistan von außen etwas Gutes tun, so müßte man folgerichtig den Militärs mit tatkräftiger Hilfe unter die Arme greifen, sobald sich die ersten zarten Indizien für die Existenz eines positiv zu bewertenden Reformwillens zu Tage verdichten.